



Stadtratsfraktion Pirmasens

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Matheis
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/227214

Mail: info@linksfraktion-ps.de

Internet: www.linksfraktion-ps.de

Antrag zur Stadtratssitzung am 24. Februar 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

4. Februar 2014

DIE LINKE Stadtratsfraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 24. Februar 2014 zu setzen.

Gleichbehandlung im ÖPNV und der Schülerbeförderung durchsetzen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung ermittelt die Kosten für die Stadt Pirmasens, wenn für eigenanteilspflichtige Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II der Fahrkostenanteil für die regelmäßige Schülerbeförderung an Schulstandorte in Pirmasens als Zuschuss gewährt wird, der die Kosten für das VRN-MAXX-Ticket übersteigt.
2. Die Stadt Pirmasens beantragt die volle Übernahme dieser Kosten beim Land Rheinland-Pfalz und nimmt Bezug auf den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes.
3. Es werden politische Anstrengungen unternommen, alle benachteiligten Kommunen der Westpfalz zu einer gemeinsamen Vorgehensweise innerhalb des VRN zu gewinnen, mit dem Ziel, das ursprünglich vom VRN propagierte einheitliche Tarifsystem zu verwirklichen und die Ungleichbehandlung von Schülerinnen und Schüler zu beenden.
4. Ab dem Schuljahr 2015/16 wird für eigenanteilspflichtige Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II der Fahrkostenanteil für die regelmäßige Schülerbeförderung an Schulstandorte in Pirmasens als Zuschuss gewährt, der die Kosten für das VRN-MAXX-Ticket übersteigt.

Begründung:

„Ein Verbund, ein Tarif, ein Ticket“, lautete die vollmundige Ankündigung des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN), als am 1. Juni 2006 der ehemalige Westpfalz-Verkehrsverbund (WVV) dem VRN angeschlossen wurde. Bei dieser Ankündigung ist es geblieben und es gelten nach wie vor im Gesamtgebiet des VRN höchst unterschiedliche Tarifbedingungen. Beispielsweise werden Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II aus dem Landkreis Südwestpfalz, die eine weiterführende Schule in der Stadt Pirmasens besuchen, eklatant benachteiligt. Das günstige MAXX-Ticket (momentan 38,90 Euro monatlich) gilt im Gebiet des ehemaligen Westpfalz-Verkehrsverbundes (WVV) erst ab 14 Uhr, während im übrigen VRN-Gebiet das MAXX-Ticket zeitlich uneingeschränkt gilt. Das günstige MAXX-Ticket ist in der Regelschulzeit deshalb für Schülerinnen und Schüler aus der Südwestpfalz, die eine weiterführende Schule in Pirmasens besuchen, unbrauchbar. Diese Schülerinnen und Schüler sind daher gezwungen, das sehr viel teurere Super-MAXX-Ticket (73,30 Euro monatlich) bzw. Westpfalzticket (65 Euro monatlich) zu erwerben, wenn sie morgens nach Pirmasens zur Schule, oder nach Schulschluss nach Hause mit dem öffentlichen Personennahverkehr fahren wollen. Dies betrifft viele Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Südwestpfalz, die weiterführende Schulen in Pirmasens besuchen.

Der VRN begründet diese Ungleichbehandlung mit Mindererlösen und Betriebskosten, die durch die Kommunen in der Westpfalz zu entrichten wären, wenn das MAXX-Ticket uneingeschränkt gelten sollte. Das Land Rheinland-Pfalz schiebt die Verantwortung ebenfalls in die Kommunen ab, anstatt die Zuschüsse entsprechend zu erhöhen. Kommunen wie Pirmasens machen bisher geltend, die marode Haushaltslage lasse höhere Zuschüsse nicht zu.

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN), dem auch die Stadt Pirmasens angehört, war bisher nicht in der Lage, diese Ungleichbehandlung aus der Welt zu schaffen und für das anfangs versprochene einheitliche Tarifgebiet zu sorgen. Bestimmend in der Verbandsversammlung sind nicht die Kommunen Pirmasens (eine Stimme), Südwestpfalz (zwei Stimmen) oder Kaiserslautern (6 Stimmen), sondern die beteiligten Länder Rheinland-Pfalz (17 Stimmen), Baden-Württemberg (19 Stimmen) oder die Stadt Mannheim (17 Stimmen), die die Verbandsversammlung dominieren. Die Mehrheit der Verbandsversammlung hat offensichtlich kein gesteigertes Interesse, das ursprüngliche Tarifgebiet Westpfalz gleichberechtigt zu berücksichtigen. Ob es einen gemeinsamen Vorstoß der im VRN vertretenen Westpfalz-Kommunen gab, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden, ist nicht bekannt. Die einzigen Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Verbandsversammlung. Fahrgast- oder Verbraucherbeiräte existieren ebenso wenig, wie eine demokratische Kontrolle durch die Kommunalparlamente. Bestimmt wird die Zweckverbandspolitik vielmehr durch die Interessen privatwirtschaftlicher Verkehrsbetriebe.

Die Leidtragenden dieses Verschiebeparkplatzes der Verantwortung sind die Schülerinnen und Schüler und nicht zuletzt der Schulstandort Pirmasens.

Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes kann aber keine Frage des Geldes sein, sondern muss verwirklicht werden. Dies gilt auch für den öffentlichen Personennahverkehr. Die öffentlich-rechtliche Hand hat dabei eine Vorbildfunktion zu

erfüllen und kann sich ihrer Verantwortung nicht durch vermeintliche betriebswirtschaftliche Sachzwänge entledigen. Die zu entrichtenden Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr müssen nach objektiven Kriterien, z.B. anhand der Fahrstrecke, berechnet werden. Es kann nicht angehen, dass viele Schülerinnen und Schüler pro Kilometer Fahrstrecke mehr als das Doppelte zahlen müssen als andere, nur weil sie in der Westpfalz wohnen.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE:

.....
(Frank Eschrich, Vorsitzender)

.....
(Fritz Wirth, stellv. Vorsitzender)